

# «Wehren uns für die Demokratie»

**Bilaterale** Die SVP wirft den anderen Parteien undemokratische Machenschaften vor

«Mit dem bilateralen Weg der Schweiz den Wohlstand sichern». Dies ist das Thema des heutigen Pfeffinger Forums mit Bundesrätin Doris Leuthard. Gerade diesen Weg sieht der Gelterkinder SVP-Fraktionschef Caspar Baader aber in Gefahr.

THOMAS DÄHLER UND DANIEL BALLMER

Herr Baader, wann tritt die Schweiz der EU bei?

**Caspar Baader:** Geht es nach der SVP, tritt die Schweiz der EU nicht bei. Wir haben immer verlangt, dass die Schweiz unabhängig und selbstständig bleibt. Mit unserer direkten Demokratie haben wir ein ganz anderes Staatssystem als die EU-Länder. Bei uns hat das Volk das letzte Wort und nicht die Minister. Und diese Möglichkeit wollen wir unserem Land erhalten. Das Selbstbestimmungsrecht ist gerade für einen Kleinstaat wichtig, damit er eine Nasenlänge voraus bleiben kann.

Dennoch: Im Grunde bedeutet der bilaterale Weg, dabei zu sein ohne wirklich dabei zu sein. Wie lange geht das gut?

**Baader:** Wir waren 1992 gegen den EWR, weil wir damit in verschiedenen Bereichen automatisch die künftigen Rechtsentwicklungen der EU hätten übernehmen müssen. Es war die SVP, die damals als Alternative den bilateralen Weg vorzeichnet hat. Dank diesem können wir heute frei entscheiden, in welchen Bereichen wir mit der EU Verträge abschliessen und wie weit wir gehen wollen.

Aber kann das langfristig gut gehen?

**Baader:** Ja, das ist ein Erfolgsrezept, nur müssen wir aufpassen, dass der bilaterale Weg nicht ausgehöhlt wird. Die anderen Parteien haben die Tendenz, Lippenbekenntnisse für den bilateralen Weg abzugeben, sind aber bereit, der EU gegenüber laufend Konzessionen zu machen. Sie wollen zum Beispiel die Schweizer Landwirtschaft opfern und ein Agrarfreihandelsabkommen abschliessen oder gar unsere Arbeitsplätze aufs Spiel setzen, um einseitig das Cassis-de-Dijon-Prinzip einzuführen und sogar für patentgeschützte Güter Parallelimporte zuzulassen. Geht man den bilateralen Weg, muss man dies auch ehrlich tun.

Sie sprechen unter anderem die Ausweitung der Personenfreizügigkeit an.

**Baader:** Hier stellt sich natürlich dieselbe Frage. Dank der SVP hat sich die Schweiz beim Abschluss der Bilateralen I ausdrücklich vorbehalten, dass das Volk nach sieben Jahren über die Fortführung der Personenfreizügigkeit abstimmen kann. Nun hat das Bundesparlament eine undemokratische Mogelpackung geschaffen. Es hat zwei ganz verschiedene Fragen in eine Vorlage gepackt: Einerseits die Frage, ob wir die Personenfreizügigkeit mit den bisherigen EU-Ländern weiterführen wollen, andererseits die Frage, ob wir diese zusätzlich auf Rumänien und Bulgarien ausdehnen sollen.

Sie sind damit gescheitert, die beiden Vorlagen voneinander zu trennen.

**Baader:** Im Nationalrat haben wir es anfänglich geschafft. Aber im Ständerat haben dies vor allem die CVP und die SP hintertrieben. Deren parteipolitisches Ränkespiel bringt das Schweizer Volk in die Situation, dass es auf zwei verschiedene Fragen nur noch eine Antwort geben kann. Entweder sagt man zu allem Ja, weil man für die Fortführung der Personenfreizügigkeit mit den bisherigen EU-Ländern ist und schluckt die Kröte der Erweiterung auf Rumänien und Bulgarien oder man muss alles ab-

lehnen. Das Volk kann nicht mehr frei entscheiden, was es will und was nicht. Damit hat die Mitte-Links-Mehrheit im Parlament dem Volk sein Selbstbestimmungsrecht und das in der Verfassung verankerte Recht auf freie Meinungsäusserung genommen. Gegen solche Machenschaften müssen wir uns wehren. Die demokratischen Rechte in unserem Land sind in Gefahr. Am liebsten würden gewisse Leute das unbequeme Volk sogar ganz ausschalten.

Trotzdem hat sich die SVP gegen ein Referendum entschieden.

**Baader:** Es wäre ein «Schein-Referendum» gewesen, weil das Schweizer Volk sich in der anschliessenden Volksabstimmung trotzdem nicht differenziert hätte entscheiden können, sondern nur zu allem hätte Ja oder Nein sagen können. Wir dürfen unsere Demokratie und unsere Volksrechte nicht für solche parteipolitischen Spiele missbrauchen lassen.

Sollte das Referendum zustande kommen, was dann?

**Baader:** Dann wird das Schweizer Volk entscheiden müssen, ob es die Mogelpackung will oder nicht. Ein Nein würde bedeuten, dass die Vorlage ans Parlament zurück muss, damit dieses das Päckli auftrennt und das Volk seine Stimme differenziert abgeben kann. Wir sind gegen die Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien, weil wir in der Schweiz nicht dieselben Probleme mit Immigranten aus diesen Ländern wollen, wie sie beispielsweise Italien schon hat.

Nun ist unter anderem die Junge SVP daran, Unterschriften für ein Referendum zu sammeln. Einzelne Kantonal-sektionen unterstützen das Referendum. Eine Zerreissprobe für die Partei?

**Baader:** Nein. Wir hatten schon bei der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die osteuropäischen Länder die Situation, dass ein Teil der Partei dafür und eine Mehrheit dagegen war. Dennoch wurde die SVP bei den letzten Wahlen zur stärksten Partei. Wir sind in dieser

**Wir sind in dieser Frage einfach gespalten. Aber deswegen zerfällt die SVP noch lange nicht.**

Frage einfach etwas gespalten. Sollte das Referendum zustande kommen, hätten wir wohl eine ähnliche Ausgangslage wie damals. Aber deswegen zerfällt die SVP noch lange nicht. Im Gegenteil: Es stärkt die Partei, wenn wir auch intern solche Diskussionen führen.

Die SVP bekämpfte die Osterweiterung der Personenfreizügigkeit. Deren Bilanz fällt aber heute eigentlich positiv aus – gerade in der jetzigen Konjunkturlage.

**Baader:** Es ist ein altes Gesetz: Wenn die Wirtschaft gut läuft, brauchen wir in der Schweiz zusätzliche Arbeitskräfte, wenn sie stockt, dann sollten wir die Zahl der Arbeitskräfte reduzieren können. Wir haben unseren Arbeitsmarkt schon lange vor Einführung der Personenfreizügigkeit mit dem Saisonierstatut selbstständig reguliert und haben bei Bedarf mehr Leute zugelassen und waren in schlechteren Zeiten restriktiver. Das können wir nun nicht mehr. Mit der Personenfreizügigkeit haben wir diese wichtige Regulierungsmöglichkeit aus der Hand gegeben. Deshalb werden wir vor allem in schlechteren Zeiten Probleme mit den Einwanderern aus osteuropäischen Ländern bekommen – und wir könnten rascher in eine solche Situation kommen, als viele annehmen. Daher haben wir uns damals gegen jene Ausdehnung gewehrt.



## ZUR PERSON

Gestartet hat Caspar Baader seine politische Karriere als Gemeinderat im bernischen Bannwil. Seit 1998 sitzt er für das Baselbiet im Nationalrat; seit November 2001 ist er Präsident der SVP-Fraktion. Der Rechtsanwalt und Agronom betreibt in seinem Wohnort Gelterkinder ein Advokaturbüro. Der 54-jährige Baader ist verheiratet und Vater dreier Kinder. (BZ)

Zum Beispiel?

**Baader:** Hat ein Zuwanderer in der Schweiz keine Arbeit mehr, kann er künftig in sein Land zurückkehren und aus der Schweiz eine Entschädigung der Arbeitslosenversicherung beziehen. Diese Sozialversicherung ist schon heute mit knapp fünf Milliarden Franken überschuldet. Und wenn wir die Grenzen weiter öffnen, wird der Kreis der Anspruchsberechtigten immer grösser. Die Kosten zahlen wir Arbeitnehmer und -geber mit höheren Lohnbeiträgen.

Genau wegen dieser Haltung wirft die EU der Schweiz «Rosinenpickerei» vor.

**Baader:** Wer erfolgreich ein Unternehmen führt, weiss, dass man nicht einfach alles machen darf, sondern die guten von den schlechten Dingen unterscheiden muss. Als Schweizer Politiker bin ich nicht für die EU verantwortlich, sondern für unser Land. Wenn die EU weiter wachsen und mit all ihren Mitgliedern die Personenfreizügigkeit einführen will, ist das ihr Entscheid. Als Nicht-EU-Mitglied müssen wir auch in

**Als Schweizer Politiker bin ich nicht für die EU verantwortlich, sondern für unser Land.**

Zukunft auf der Freiheit beharren, selbst zu entscheiden, mit welchen EU-Ländern wir ebenfalls die Personenfreizügigkeit einführen wollen und mit welchen nicht und dürfen nicht alles automatisch übernehmen.

Sie teilen also die Befürchtung nicht, dass die bestehenden Personenfrei-

zügigkeits-Abkommen aufgelöst werden könnten?

**Baader:** Nein. Das ist ein Schreckgespenst der Befürworter. Für die Aufkündigung des Abkommens wäre die Einstimmigkeit aller einzelnen EU-Länder nötig. Und die würde sicher nie zustande kommen. Denn gerade für unsere direkten Nachbarländer steht viel zu viel auf dem Spiel. An die Personenfreizügigkeit sind nämlich zahlreiche andere Abkommen gekoppelt, wie der freie LKW-Verkehr durch die Schweiz oder das Luftverkehrsabkommen, das für die in deutscher Hand stehende Swiss so wichtig ist.

Wie sieht rückblickend Ihre Bilanz aus über die Zeit, in der die Schweiz die Bilateralen mit der EU hatte?

**Baader:** Es war die SVP, die anstelle des EWR den bilateralen Weg mit der EU verlangt hat. Die positive Bilanz der letzten Jahre verdanken wir aber nicht in erster Linie den Bilateralen, sondern dem Aufschwung in Asien, von dem die ganze Weltwirtschaft profitieren konnte. Gerät diese ins Stocken, so wird die Schweiz dies mit einer gewissen Verzögerung zu spüren bekommen und wird zusätzlich die negativen Folgen der Personenfreizügigkeit tragen müssen.